

## Rats-Update Nr. 2

### Sitzung des Duisburger Stadtrates am 7. Dezember 2020

Zum dritten mal traf sich der am 13. September 2020 neu gewählte Rat der Stadt Duisburg in der Mercatorhalle, um Gremien zu besetzen, Satzungen zu beschließen und Anträge zu beraten. Im Vorfeld der Sitzung hatte der Oberbürgermeister eine Tagesordnung mit den zur Zeit wichtigsten und notwendigsten 17 Beschlüssen zusammengestellt. Im Laufe der letzten Woche kamen jedoch noch zahlreiche Anträge und Anfragen der Fraktionen dazu, so dass die Tagesordnung letztendlich auf 51 öffentliche und 3 nichtöffentliche Punkte angewachsen war.

### Sachkundige Einwohner/innen

Direkt an Tagesordnungspunkt 2 standen die letzten erforderlichen Personalwahlen, damit der Rat demnächst seine eigentliche inhaltliche Arbeit beginnen kann. So wurden die Ausschüsse mit zusätzlichen Sachkundigen Einwohner/innen besetzt. Diese haben in den Ausschüssen zwar ein Mitspracherecht jedoch kein Stimmrecht. Der Rat hatte in der letzten Sitzung beschlossen, dass in jeden städtischen Ausschuss -zusätzlich zu den regulären Ausschussmitgliedern- 8 weitere sog. Sachkundige Einwohner/innen gewählt werden sollen. Welche Fraktion wie viele Sachkundige Einwohner/innen entsenden darf, hängt von der jeweiligen Größe der Fraktion ab. Die Berechnung erfolgte nach dem Wahlverfahren Hare-Niemeyer, was zum Ergebnis hatte, dass eine Fraktion mit nur 3 Ratsmitgliedern (wie es z.B. die Freien Demokraten sind), keine Chance auf eine/n Sachkundige/n Einwohner/in hat.

Die Fraktion Tierschutz/DAL hat zwar auch nur 3 Ratsmitglieder, erhielt jedoch für ihre Vorschläge immer 5 Stimmen der AfD dazu, so dass Tierschutz/DAL in allen Ausschüssen mit Sachkundigen Einwohnern vertreten sein wird. In den geheimen Abstimmungen der zweiten Ratssitzung war bereits eine Zusammenarbeit zwischen AfD, Tierschutz/DAL und dem (Einzel-)Ratsherrn Sipahi (SfD) vermutet worden. Die jetzige ungenierte Zusammenarbeit überraschte jedoch, zumal die Wählergemeinschaft DAL ausschließlich aus türkischstämmigen Mitgliedern besteht.

### Ergebnis der Kommunalwahl bestätigt

Im nächsten Tagesordnungspunkt bestätigte der Stadtrat die Wahlergebnisse der Kommunalwahl, die Wahlen der Bezirksvertretungen und die Wahl des Integrationsrates vom 13. September 2020. Innerhalb der gesetzlichen Frist waren zahlreiche Einsprüche eingereicht worden, die jedoch von der Verwaltung alle glaubwürdig abgewiesen wurden. Tatsächlich wurden von der Verwaltung einige Fehler gemacht und sicherlich gab es merkwürdige Begebenheiten bei einigen Parteien. Aber in der Bewertung der Einsprüche musste man zu dem Schluss kommen, dass kein einziger dieser ´Fehler´ das letztendliche Wahlergebnis beeinflusst hat. In keinem Fall hätte eine Beanstandung dazu führen können, dass eine Partei mehr oder weniger Mandate hätte erringen können, weshalb der Rat die Wahl einstimmig für gültig erklärte.

### Gebühren

Es folgten nahezu einstimmige Beschlüsse zu den Gebühren für die Straßenreinigung, die Abfallentsorgung, die Abwasserbeseitigung und für die Friedhöfe. Alles Aufgaben, die seit Jahren den Wirtschaftsbetrieben obliegen, die auch die Gebührenberechnungen vornehmen.

Die Berechnung der Gebühren ist gesetzlich genau vorgeschrieben und wird zusätzlich mehrmals jährlich von Gerichten auf ihre Richtigkeit hin überprüft. Es wird streng darauf geachtet, dass in die Berechnung der Gebühren wirklich nur die Kosten eingerechnet werden, die nach den gesetzlichen Vorgaben auch berechnet werden dürfen. Die überprüften und zulässigen Kosten werden dann auf alle Nutzer aufgeteilt. Es ist also ausgeschlossen, dass die Wirtschaftsbetriebe hier Kosten "einbauen oder verstecken", die man nicht an die Kunden hätte weiterreichen dürfen oder dass Gewinne nicht eingerechnet werden, die eigentlich hätten mit eingerechnet werden müssen. Dies ist das Wesen von Gebühren, im Gegensatz zu Steuern, Abgaben oder sonstigen Zahlungen, die die Stadt für andere Leistungen erhebt.

Umso erstaunlicher ist, dass einige Ratsmitglieder auch diesmal wieder erklärten, dass sie nicht nachvollziehen könnten, wieso die Wirtschaftsbetriebe Gewinne ´einfahren´ würden, aber gleichzeitig Gebühren gesenkt oder angehoben würden. Sie verstehen offenbar den Unterschied zwischen Gebühren und anderen Einnahmen (städtischer Gesellschaften) nicht.

### **Antrag "Innenstadt beleben"**

Die Fraktion JuDu hatte den Antrag gestellt, dass die Stadt mehr Landesmittel beantragen solle, mit denen leerstehende Ladenlokale in der City angemietet und billiger weitervermietet werden sollten. Gegebenenfalls sollten von der Stadt auch Häuser gekauft und besonders günstig vermietet und/oder für kulturelle Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Dafür stünde im Landeshaushalt eine Fördersumme von 70 Millionen Euro bereit, wovon Duisburg bisher nur ca. 200.000,- Euro abgerufen hätte.

Der zuständige Dezernent für Wirtschaft, Andre Haak erklärte, dass diese Förderungen insbesondere den Städten zur Verfügung stünden, die demnächst Karstadt-Kaufhäuser verlieren werden. Duisburg verliert ("Gott sei Dank") kein Warenhaus und ist deshalb auch nicht gezwungen, Immobilien anzukaufen und/oder sich mit der Zukunft von leerstehenden Kaufhäusern zu beschäftigen. Dennoch wolle er alle Möglichkeiten ausloten, wofür aus diesem Fördertopf noch Gelder für Duisburger Belange beantragt werden könnten. Zusätzlich solle darüber intensiv in den zuständigen Ausschüssen beraten werden. Mit diesem Ergebnis einer längeren Diskussionsrunde zog die Fraktion JuDu ihren Antrag zurück.

### **Neue/r Dezernat/in und neue Aufgabenverteilung**

An den Tops 18 und 19 sollte beschlossen werden, dass die Geschäftsbereiche aller Duisburger Dezernenten neu geordnet werden und ab Mai ein/e neue/r Dezernat/in eingestellt werden soll. Hintergrund ist, dass der bisherige Dezernent Dr. Krumpholz (Grüne) nicht zur Wiederwahl vorgeschlagen werden soll (auch von den Grünen nicht mehr). Gleichwohl ließ der vorgeschlagene Plan erkennen, dass da als Ergebnis von Gesprächen mit den Grünen, ein grünes "Wunsch-Dezernat" zusammengestellt werden sollte: Umwelt, Klima, Verbraucherschutz, Kultur und Gesundheit soll der/die neue Dezernat/in bearbeiten.

Für Irritationen sorg dabei, dass diese Bereiche aus verschiedenen anderen Dezernaten heraus genommen werden müssen, was im Ergebnis zu unverständlichen Neu-Zusammenstellungen führen würde. Z.B. ist der Umweltbereich vor einigen Jahren bewusst in das Dezernat für Stadtentwicklung gelegt worden, weil es bei Stadtentwicklung immer auch um Umweltbelange geht. VHS und Bibliotheken sollen wieder von den Kulturbetrieben getrennt werden und auf verschiedene Dezernate verteilt werden und das Ordnungsamt soll nicht mehr dem Dezernenten für Recht unterstehen. Der gesamte Vorschlag war so irritierend, dass auch der städtische Personalrat darum bat, die Angelegenheit zunächst noch einmal zu beraten und nicht vorschnell zu entscheiden.

Die CDU stellte daher den Antrag, das ganze Thema - inkl. der geplanten öffentlichen Ausschreibung für eine neue Dezernentin bzw. für einen neuen Dezernenten - zu vertagen. Diesem Wunsch kam der Rat nach.

### **Sitzungsplan für 2021**

Nach einigen Tagesordnungspunkten mit kleineren Gremienumbesetzungen stand der Sitzungsplan für 2021 auf der Tagesordnung. Wie seit Jahren üblich, schlug der Oberbürgermeister auch diesmal vor, im kommenden Jahr wieder nur 5 Ratssitzungen durchzuführen. Das bedeutet, dass alle Bezirksvertretungen und Ausschüsse auch nur 5 mal tagen.

Wie üblich, gab es dazu auch wieder einen Antrag der Grünen, eine oder zwei weitere Ratssitzungen einzuplanen - und wie üblich wurde dieser Wunsch wieder von SPD, CDU und OB abgelehnt. Die großen Parteien argumentieren damit, dass nicht nur Ausschüsse und Bezirksvertretungen tagen (müssen), sondern auch die parteiinternen Arbeitskreise und die internen Fraktionsgremien, was nicht zu schaffen wäre.

Die kleineren Fraktionen argumentieren stets dagegen, dass nicht jede Ratssitzung mit über 100 Tagesordnungspunkten stattfinden solle, weil dann keine Zeit zum Austausch von Argumenten bliebe. Diesen inhaltlichen/thematischen Austausch möchte der OB aber gar nicht im Rat haben, denn er verweist auf die Ausschüsse, in denen diskutiert werden solle, so dass der Rat am Ende nur noch beschließt oder ablehnt, was in den Ausschüssen beraten wurde. Ein Vorgehen, dass im Landtag und Bundestag vielleicht üblich ist, aber nicht in einem Stadtrat, da ja nicht alle Fraktionen in allen Ausschüssen vertreten sind. Dennoch setzen sich (wie üblich) auch in diesem Jahr wieder die beiden großen Fraktionen SPD und CDU durch.

### **Corona-Statistik des Gesundheitsamtes**

Nach einigen unstrittigen Beschlüssen, die Corona-bedingt die Struktur des städtischen Haushalts verändern, kamen zahlreiche Tagesordnungspunkte mit Anträgen und Anfragen verschiedener Fraktionen und Einzel-Mandatsträgern. So beantragte z.B. die AfD, dass die Corona-Statistik des Gesundheitsamtes verändert dargestellt werden solle. Dieser Antrag wurde von allen anderen Fraktionen kommentarlos abgelehnt. Auch in der FDP-Fraktion hatte man sich vorher darauf verständigt, dass grundsätzlich alles was von der AfD kommt, abgelehnt werde - vollkommen unabhängig vom Inhalt.

### **Umgang mit gewaltbereiten rechtsradikalen Demonstranten**

Ebenfalls abgelehnt wurde ein Antrag der Fraktion Tierschutz/DAL zum Umgang mit gewaltbereiten rechtsradikalen Demonstranten. Die meisten Anwesenden vermuteten, dass dieser Antrag nur zur Verschleierung der Zusammenarbeit mit der AfD dienen sollte, um die türkischstämmigen Parteimitglieder milde zu stimmen. So oder so ist der Umgang mit Demonstranten eine Angelegenheit der Polizei, weswegen nur Ratsherr Sipahi dem Antrag zustimmte - wie bei allen anderen Anträgen von Tierschutz/DAL auch.

### **Schulbetrieb unter Corona-Bedingungen**

Ein Antrag der Fraktion ´Die Linke´ zu Sondermaßnahmen im Schulbetrieb unter Corona-Bedingungen wurde besonders ausführlich diskutiert, wie eigentlich alles, was mit dem Thema Schule zutun hat. Die Antragsteller wollten, dass zusätzliche Räume und Gebäude für den Unterricht und/oder die Betreuung von Schulkindern zur Verfügung gestellt werden, wie z.B. Turnhallen, Pfarrheime, Vereinsheime, ehemalige Kirchen oder leerstehende Ladenlokale.

Dazu sollten Seiteneinsteiger und zusätzliches Personal gewonnen werden, bewusst auch ohne Lehramtsstudium oder Staatsexamen. Die Sprecherin der Linken verwies darauf, dass derartige Personen bereits jetzt an nahezu allen Schulen an Unterricht und Betreuung der Kinder beteiligt wären.

SPD und CDU wehrten sich gegen jede Überlegung dieser Art. Insbesondere die SPD und die zuständige Dezernentin Astrid Neese verwiesen mehrfach auf die schlechte Organisation der Landesregierung und die Anweisungen bzw. Verbote der zuständigen FDP-Schulministerin. Der Oberbürgermeister betonte, dass die Stadt bereits alles tue, was in ihrer Macht stehe und alle Möglichkeiten ausschöpfe. Die von den Linken geforderten Maßnahmen würden zu zusätzlichen unverhältnismäßigen Komplikationen führen. Für den Antrag stimmten letztendlich nur Die Linke, JuDu, Tierschutz/DAL und die Einzelvertreter Bekir Sipahi (SfD) und Matthias-Maria Eidens (Die Partei).

### **Anfragen**

Alle Anfragen, die auf der Tagesordnung standen, wurden (wie bei OB Sören Link üblich) nicht beantwortet, sondern sollen im Nachhinein schriftlich zum Protokoll beantwortet werden. Damit nimmt der Oberbürgermeister den Fraktionen das Recht, über das Thema zu reden und (wie in der Gemeindeordnung vorgesehen) 2 Nachfragen zu stellen. Die Antwort des OBs zu diesem Thema lautet: "Die Verwaltung entscheidet selbst, wie sie antwortet". In den meisten Fällen hat sich das Thema, zu dem eine aktuelle Anfrage erfolgt ist, bis zur schriftlichen Beantwortung im Protokoll erledigt. Eine gemeinsame Anfrage der Fraktionen der Grünen, JuDu und der FDP zum Thema "Live-Übertragungen von Ratssitzungen im Internet" wird zwar auch erst im Protokoll beantwortet, wird bis dahin aber nicht "erledigt" sein.

### **"Freies Parken für freie Bürger" (Wilhelm Bies, FDP)**

Vermutlich um Anträgen von Fraktionen vorzukommen (denen man hätte zustimmen müssen), hat der Oberbürgermeister dem Stadtrat unaufgefordert vorgeschlagen, die Parkgebühren in der Weihnachtszeit in der Stadt auszusetzen. Damit will man den Einzelhändlern in dieser schwierigen Zeit entgegen kommen und etwas helfen. Die Idee wurde von allen Fraktionen in zahlreichen Redebeiträgen gelobt. Selbst Grüne und Linke, die ja eigentlich grundsätzlich gegen jede Erleichterung für Autofahrer/innen sind, sahen hier "gute Ansätze", so dass sie nicht dagegen stimmten, sondern sich (nur) der Stimme enthielten.

Erwartungsgemäß gab es natürlich auch Wortmeldungen mit Wünschen, die kostenlose Parkzeit bis Ende Januar oder Ende März zu verlängern. Denen entgegnete Oberbürgermeister Sören Link allerdings, dass diese Maßnahme exakt mit der Finanzaufsicht (also der Bezirksregierung in Düsseldorf) abgesprochen wäre, die nur einen Einnahme-Verlust in Höhe von 120.000 Euro bis zum Jahresende erlaubt hätte. Der Rat fasst diesen Beschluss einstimmig. Ebenso wurden die **Sondernutzungsgebühren für die Außengastronomie** (weiterhin) ausgesetzt. Zudem soll es Gastronomen dann auch erlaubt sein, ggf. auch auf Parkplätzen Tische und Stühle aufstellen zu dürfen - wenn sie denn eines Tages wieder öffnen dürfen.

### **Weihnachtspause bis Mitte Januar**

Der Oberbürgermeister beendete die dritte Sitzung des (neuen) Duisburger Stadtrates um 17:37 Uhr und entließ die Ratsmitglieder in die politische Weihnachtspause. Die ersten Ausschusssitzungen werden Mitte/Ende Januar 2021 stattfinden und der Stadtrat wird (falls nichts Unerwartetes geschieht) erst wieder am 18. Februar 2021 zusammen kommen. Dann werden wir Sie wieder über die aktuellen Themen und Beschlüsse des Rates informieren.